

„Widerstand wird größer“

Arbeitskreis „Kein Windpark Heinum“ fordert größere Abstände zu Windrädern

Heinum/Kreis Hildesheim (mb). Sprecher der Arbeitsgruppe „Kein Windpark Heinum“ haben gestern ihre schriftliche Stellungnahme zum Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) an den Ersten Kreisrat Olaf Levonen überreicht.

In dem siebenseitigen Papier kritisiert die Arbeitsgruppe aus dem Ort in der Samtgemeinde Gronau vor allem, dass der Mindestabstand von Windrädern zu Wohngebieten nur 750 Meter betragen soll. „Ein Mindestabstand von unter 1000 Metern ist aber nicht hinnehmbar“, heißt es in dem Schreiben.

„Wir sind sehr enttäuscht über das Raumordnungsprogramm“, betonte Wolfgang Schulz, der die Stellungnahme zusammen mit Peter Tschöpel und Horst Manke überreichte. „Es ist einfach fehlerhaft“, meinte er. Levonen gab dazu zu bedenken: „Genau dafür gibt es ja in diesem Verfahren auch die Bürgerbeteiligung.“

Tatsächlich ist das vorliegende Papier nur der Entwurf der Kreisverwaltung, dazu geben jetzt Gemeinden, Behörden, Institutionen und auch Bürgerinitiativen wie die Gruppe aus Heinum ihre Stellungnahmen ab, ehe voraussichtlich im kommenden Jahr der Kreistag über das Konzept entscheiden wird. Das letzte Wort hat dann die Landesregierung, die das ganze Programm genehmigen muss.

Schulz wies darauf hin, dass in Niedersachsen ja eigentlich schon heute die meisten Windräder in einer Entfernung von mindestens 1000 Metern zu den Wohngebieten stünden. „Dabei sind viele dieser Anlagen ja auch noch älter und nur 100 bis 120 Meter hoch“, stellte er fest. Die neueren Anlagen erreichten hingegen eine Höhe von 200 Metern.

Manke meinte derweil mit Blick auf die Feststellung im Raumordnungsprogramm, dass durch einen Mindestabstand von nur 1000 Metern Anzahl und Größe der Potenzialflächen deutlich reduziert würden: „Bei uns im Südkreis liegen die Dörfer nun einmal recht dicht beisammen, da kann man uns doch nicht die Windräder einfach vor die Tür stellen.“

Schon im Vorfeld der Übergabe der Stellungnahme an Levonen hatten die Sprecher des mittlerweile 131-köpfigen Arbeitskreises gegenüber Pressevertretern ihre Kritik an dem geplanten Mindestabstand von nur 750 Metern erläutert. „Der Widerstand in der Bevölkerung wird immer größer“, stellte Tschöpel fest. Dies gelte beispielsweise auch für eine geplante Fläche zum Aufstellen von Windrädern im Nachbar-Landkreis

Hameln, nordöstlich von Afferde. Im Übrigen hätten sich sogar die Ministerpräsidenten von Bayern und Sachsen, Horst Seehofer und Stanislaw Tillich, dafür ausgesprochen, die Abstände von Windrädern zu Wohnhäusern zu vergrößern. Nach dem Willen der beiden Länderchefs solle als Richtschnur das Zehnfache der Höhe eines Windrades gelten.

Auch Manke betonte, dass es ganz einfach um die Abstände gehe. „Die sollen uns die Dinger nicht auf die Füße stellen“, kritisierte er. Schulz erinnerte daran, dass der Arbeitskreis nun genau seit einem Jahr aktiv ist. Ausschlaggebend sei ein Artikel in dieser Zeitung über geplante Windräder im Despetal vom 18. Juli 2012 gewesen. „Wir sind äußerst hartnäckig und bleiben nun auch an diesem Thema dran“, versprach Schulz. „Einen Abstand von lediglich 750 Metern werden wir nie akzeptieren“, sagte er.

In ihrer schriftlichen Stellungnahme weist die Arbeitsgruppe darauf hin, dass sie schon mehrmals eine Aktualisierung des Raumordnungsprogramms gefordert habe, bevor es dem Kreisausschuss vorgelegt wird. „Leider siegte Schnelligkeit vor Sorgfalt“, heißt es in dem Papier aus Heinum.

So sei in dem Papier auch von Zielen des Klimaschutzes die Rede. Diese wer-

den nach Ansicht der Heinumer aber absurdum geführt, wenn zum Ausgleich der nicht steuerbaren Schwankungen bei der Stromproduktion von Windrädern konventionelle Kraftwerke einspringen müssten, die klimaschädliche Gase ausstoßen.

Außerdem werde in dem Programm auch auf aktuelle Studien und Gutachten über Umweltauswirkungen von Windrädern auf Mensch und Natur verwiesen. Diese Gutachten basierten allerdings noch auf der Grundlage von bis zu 150 Meter hohen Anlagen. Für 200 Meter hohe Anlagen in einer Entfernung von 750 Metern zu Wohngebieten gebe es noch keine zuverlässigen Untersuchungen.

„Sollen im Hildesheimer Südkreis eventuell die Menschen als Studienobjekte dienen, die die negativen Auswirkungen testen sollen?“, fragen die Verfasser der Stellungnahme. Auf jeden Fall sei klar, dass auch eine „Dauerbeschallung“ im Niederfrequenzbereich von unter 20 Hertz als besonders störend empfunden werde. So sei bei Windkraftanlagen ein dauernd an- und abschwellender Heulton wahrzunehmen, der bei stärkerer Windgeschwindigkeit lauter werde.

„Nicht zu unterschätzen ist auch der Schlagschatten“, heißt es in dem Papier. Der könne schon bei einer 150 Meter hohen Anlage bis weit mehr als 1400 Meter reichen.



Horst Manke, Peter Tschöpel und Wolfgang Schulz (von links) überreichen Olaf Levonen ihre Stellungnahme zum Raumordnungsprogramm.
Foto: Bornemann